

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
A. Die digitale Verwandlung der Welt	11
I. Das Netz unter dem Einfluss der großen Interme- diäre	11
II. Der Optimismus des Anfangs und die neue Nach- denklichkeit	14
III. Kann das Netz rechtlich reguliert werden?	17
1. Grundlegende Idee des neuzeitlichen Rechts	17
2. Die rechtliche Erreichbarkeit des Netzes	17
3. Die Snowden-Zäsur	18
4. Vertraulichkeit und Integrität von Online- Plattformen	20
5. Safe-Harbor-Urteil des EuGH	20
6. Rationalitätsblockaden und Herausforderun- gen des Rechts	23
7. Das sensible Thema des staatlichen Zugriffs auf Daten	25
8. Probleme überstaatlicher Regelsetzung	27
IV. Neue Tendenzen und Zukunftsfragen	30
V. Neue Gefahrenlagen und Deformation des Rechts ...	32
1. Gefahren für Datensicherheit durch „Verbrauchertransparenz“	32
2. Erosion von Rechtsinstituten und Rechtsvoraussetzungen	39
3. Risikosynergien	41
VI. Regulative Orientierung durch die grundrecht- liche Werteordnung	42
B. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Kontext der grundrechtlichen Werteordnung	43
I. Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestim- mung	43
1. Ausgangsüberlegung	43
2. Ausgangsfall „Volkszählungsurteil“	44

3.	Keine Grundrechtserfindung, sondern Grundrechtskonkretisierung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	45
4.	Kenntnis und Verfügungsgewalt über persönliche Daten	46
5.	Technische Komplexität und Intransparenz als Problem	47
6.	Kontextbedingungen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	48
7.	Kongruente Maßstäbe für das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung im Europarecht	48
II.	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	50
1.	Informationelle Selbstbestimmung als Element des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ..	50
2.	Identität, Transparenz und Anonymität	51
3.	Schranken für die Anonymität	53
4.	Privatwirtschaftliche Datensammlung als Grundrechtsproblem	53
5.	Die Verschränkung von Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) und allgemeinem Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG)	54
C.	Meinungsfreiheit und Pressefreiheit: Ecksteine der freiheitlichen Gesellschaft	59
I.	Bereicherung der Meinungsvielfalt und der Informationsquellen durch das Netz	59
II.	Erhöhte Bedeutung der Meinungsfreiheit und infrastruktureller Gewährleistungsauftrag der öffentlichen Gewalt	60
1.	Meinungsfreiheit als persönlichkeitsrelevanter Entfaltungsraum	60
2.	Meinungs- und Pressefreiheit als Grundlage der Demokratie	61
3.	Infrastruktureller Gewährleistungsauftrag	64
III.	Schutzpflicht des Staates zur Vielfaltssicherung und Erhaltung tragender Grundlagen des Kommunikationsgrundrechts	65

Inhaltsverzeichnis	9
IV. Übertragbarkeit auf Suchmaschinen	66
V. Presse im Wettbewerb: Institutioneller Presse- schutz	67
1. Pressefreiheit und Markt	67
2. Funktionsschutz der Presse und gesteigerte Staatsverantwortung für einen fairen Wettbe- werb	68
3. Wettbewerbskonflikte im Netz	69
4. Lizenzverzicht oder Auslistung	70
5. Der Zauber kostenlosen Zugangs und die Intransparenz harter Geschäftsmodelle	72
D. Wirtschaftsfreiheiten im Netz	75
I. Wirtschaftsrelevante Grundrechte	75
II. Systemzusammenhang von Wirtschaftsfreiheiten und Urheberrechten	77
III. Der Open-Source-Anspruch als Ursache für eine korrekturbedürftige Asymmetrie im Wettbe- werbsverhältnis	79
IV. Gewährleistungsauftrag für den deutschen und europäischen Gesetzgeber	82
E. Systemzusammenhang zwischen Persönlichkeits- recht, Rechtswahrung und dem Schutz demokrati- scher Grundlagen	83
I. Europäische Rechtsentwicklung	83
II. Deutsche Rechtsebene	86
III. Systemherausforderung und die Notwendigkeit konsistenter Antworten	89
IV. Grundrechtliche Schutzpflichten: Regelungs- und Einwirkungsverantwortung	90
V. Elemente einer grundrechtlich kompatiblen Digi- talverfassung	93
Anmerkungen	96